

Stadtrat Bern, 28. Januar 2010, Beat Gubser EDU, www.gubser.info/stadtrat
Traktandum 2, Bildungsstrategie der Stadt Bern 2009

Gender Mainstreaming gehört nicht an die Volksschule

Bildung ist wichtig. Entsprechend ist die Bildungsstrategie ein wichtiges Dokument. Als ich mich mit der Bildungsstrategie auseinandergesetzt habe, sind mir verschiedene negative Entwicklungen aufgefallen. Ich werde mich deshalb nachfolgend mehrheitlich auf kritische Bemerkungen beschränken.

Leitsatz 6.1 Bildungs- und Erziehungsauftrag

Die Schule hat primär einen Bildungsauftrag, bezüglich Erziehung hat sie lediglich eine unterstützende Funktion. Erziehung ist primär eine Aufgabe der Eltern und nicht des Staates.

Mir ist natürlich auch klar, dass viele Eltern heute ihren Erziehungsauftrag nicht wahrnehmen wollen oder können. Deshalb aber diese Aufgabe immer mehr an die Schule zu übertragen ist falsch.

Die Massnahme 1, welche u.a. eine Stärkung der Elternkompetenzen vorsieht, kann in bestimmten Fällen helfen.

Für die Erziehung braucht es aber auch ein Wertefundament. Im kantonalen Volksschulgesetz ist diesbezüglich u.a. von der „christlich-abendländischen Überlieferung“ die Rede. Eine Stärkung dieser Werte würde uns in der Stadt Bern sicher gut tun und die Erziehung vereinfachen.

Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass Erziehung auch viel Zeit und Geduld braucht. In diesem Zusammenhang sollten wir auch unsere ungerechte Familienpolitik überdenken, welche heute zu einseitig auf die Berufstätigkeit der Eltern ausgerichtet ist, und Eltern, welche ihre Kinder selber zu Hause betreuen, benachteiligt.

Mit den **Massnahmen 3, Einführung der Basisstufe**, und der **Massnahme 5, Ausbau des Mehrjahrgangsunterrichts**, leitet die Stadt Bern eine Fehlentwicklung für die kommenden Jahre ein. Dass das Ganze unter dem Titel Individuelle Förderung, geführt wird, ist ein Widerspruch in sich, Kollektive Förderung wäre wohl treffender. Das Niveau in den Schulen wird mit diesen Massnahmen wohl sinken,

denn vor allem die älteren Kinder in der Basisstufe werden sich vermehrt langweilen. Welcher Zweitklässler sitzt schon gerne mit Kindergärtnerinnen im „Kreisli“? Weiter wird die Unruhe in den Klassen zunehmen, was auch nicht lernfördernd ist.

Was mit dem Titel der **Massnahme 6, Projekte und Angebote zum Abbau geschlechterstereotyper Berufswahl**, gemeint ist bleibt nach dem Lesen des entsprechenden Kasten, ausser dem Hinweis auf die Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern, schleierhaft. Falls die Schüler mit Gender Mainstreaming indoktriniert werden sollen, läuten bei mir die Alarmglocken. Dazu gleich mehr.

Die **Massnahme 8, Einführung von Ganztagesstrukturen**, im Sinne von obligatorischen Ganztagesesschulen, wo keine Kinder am Mittag mehr nach Hause können, lehne ich ganz klar ab. Das Konzept der heutigen Mittagstische ist ausreichend. Hier wird eine weitere Fehlentwicklung eingeleitet.

Die **Massnahme 14, Verankerung des Genderaspekts in der Qualitätsentwicklung**, ist für mich ein Skandal. Wesentliche Grundgedanken der Gender-Ideologie sind dem Marxismus entlehnt. Der Mensch soll grundsätzlich vom biologischen Geschlecht, d. h. von der Mann-Frau-Einteilung, befreit werden. Denn der Unterschied zwischen Mann und Frau ist der Ursprung aller Ungerechtigkeiten. Es soll eine neue Gleichheit erreicht werden. Mann und Frau sollen austauschbar werden.

Aus christlicher Sicht lehne ich das natürlich ganz klar ab. Mann und Frau sind verschieden, das ist nicht ungerecht, sondern eine Ergänzung. Gender Mainstreaming widerspricht der natürlichen Empfindung und Erfahrung und ist eine höchst umstrittene und gefährliche Ideologie. Die Volksschule hat primär einen Bildungsauftrag und es ist völlig verfehlt, in einer Querschnittsaufgabe die Schüler auf diese Art und Weise ideologisch zu beeinflussen.

Gender Mainstreaming widerspricht auch dem Volksschulgesetz, wo, wie schon eingangs erwähnt, von der „christlich-abendländischen Überlieferung“ die Rede ist. Ich fordere den Gemeinderat auf, Gender Mainstreaming aus der Bildungsstrategie zu entfernen. Ansonsten setzt er die Akzeptanz der Volksschule unnötig aufs Spiel.

Die neue Bildungsstrategie wurde vom Stadtrat mit 40 Ja (Rot-Grün mit EVP und glp), 27 Nein (Bürgerliche mit EDU) und 2 Enthaltungen positiv zur Kenntnis genommen.